

Stellungnahme des DVT

März 2007

Anhörung der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag am 26.3.2007: Nachwachsende Rohstoffe zur energetischen Nutzung kontra Veredelungswirtschaft

- Anmerkungen aus Sicht des Deutschen Verbands Tiernahrung e.V. (DVT)

Wandel auf den Rohstoffmärkten

Die Märkte für Getreide, Futtermittel und pflanzliche Agrarrohstoffe haben sich in den vergangenen 18 Monaten dramatisch bewegt und sind von einem knappen Angebot und drastisch gestiegenen Preisen geprägt. So erfuhr Weizen eine Preissteigerung innerhalb der letzten zwölf Monate (Stand März 2007) von über 43 %. Bei Gerste lagen die Preissteigerungen bei 36,5 % und bei Weizenkleie sogar bei 65 %. Sojaschrot und Rapsschrot als wichtige Proteinträger verteuerten sich um fast 13 % bzw. um knapp 23 %. Ursachen für diese vom Getreidesektor ausgehenden Veränderungen waren u. a. die Missernte in Australien, der Exportstopp der Ukraine sowie deutlich geringere Erntemengen in Europa aufgrund der Trockenheit im Sommer 2006. Diese Entwicklungen aus dem Spiel der Marktkräfte heraus wurden aber überlagert und dramatisch zugespitzt durch einen politisch festgelegten Einflussfaktor in Form der zusätzlichen Getreide- und Flächennachfrage für die Bioenergieproduktion.

Bioenergie konkurriert mit Tierhaltung und Ernährungswirtschaft

Die Novellierung des Erneuerbare Energien-Gesetzes hat bekanntlich viele Investitionen in Biogasanlagen ausgelöst. Die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung und der Bonus, den Landwirte für nachwachsende Rohstoffe erhalten, die zur Biogaserzeugung angebaut werden, hat gerade auch in viehstarken Regionen zu einem sprunghaften Anstieg der Zahl der Biogasanlagen geführt. Derzeit zählen wir in Deutschland über 3.500 Anlagen, die zunehmend mit Mais betrieben werden. Die Anbaufläche für Mais für die Biogasnutzung zur Ernte 2006 hat sich in Deutschland innerhalb eines Jahres mehr als verdoppelt. Neben dem Flächenbedarf der Biogasanlagen, der insgesamt zu steigenden Pachtpreisen geführt hat, kam in 2006 verschärfend hinzu, dass auch bei Mais der tatsächliche Ernteertrag auf den jeweiligen Flächen weit unter dem üblichen Ertragsniveau lag. Deshalb mussten Biogasanlagenbetreiber sowohl Mais als auch andere Futterpflanzen bis hin zum Getreide zukaufen. Dies führte zu einer zusätzlichen Verknappung der Futtermengen sowie weiter steigenden Kosten für Futterbau- und Veredelungsbetriebe. Auch die Entwicklungen im Bioethanolsektor geben Anlass zur Sorge, unabhängig davon, ob sich die in

Deutschland bereits gebauten und noch geplanten Bioethanolanlagen wirtschaftlich rechnen werden, Tatsache ist, dass der Energie-, der Lebensmittel- und der Futtermittelsektor künftig zunehmend um ein und dieselben Agrarrohstoffe konkurrieren werden.

Bioenergie-Förderung geht zu Lasten anderer Wirtschaftsbereiche

Diese Rohstoffkonkurrenz mag zunächst positiv für die Primärerzeugung pflanzlicher Erzeugnisse sein. Auf andere landwirtschaftliche Sektoren, insbesondere die Tierhaltung sowie auf die verarbeitende Industrie, hat sie durch die Verknappung von landwirtschaftlichen Nutzflächen und Rohstoffen unmittelbar negative Folgen. Es ist zu befürchten, dass die gesamtwirtschaftliche Bilanz der Bioenergieförderung für den gesamten Agrar- und Ernährungssektor weit hinter den politischen Erwartungen zurückbleibt: Der zusätzlichen Wertschöpfung des landwirtschaftlichen Betriebszweiges Bioenergie stehen Einschränkungen in der Wertschöpfung aus der Milcherzeugung und der Veredelung - und letztlich auch aus der nachgelagerten Ernährungsindustrie gegenüber. Diese Betriebe stehen im Wettbewerb mit Drittländern und anderen europäischen Produktionsregionen, die der Ressourcen- und Flächenkonkurrenz mit dem Bioenergie-Sektor nicht in diesem Umfang ausgesetzt sind.

Als Folge einer originären Marktentwicklung, bei der die energetische Nutzung landwirtschaftlicher Rohstoffe zu einem eigenständigen und sich wirtschaftlich selbst tragenden Wirtschaftszweig wird, wäre dies nicht zu beanstanden. Es muss jedoch festgehalten werden, dass der derzeitige Boom durch eine einseitige öffentliche Förderung ausgelöst wird, die somit zu einer politisch induzierten Wettbewerbsverzerrung führt. Die Veredelungsbranche, die bisher in freien und nicht durch Marktordnung regulierten Märkten gearbeitet hat, wird so unter Druck gesetzt. Das Ausmaß dieses dirigistischen Eingriffs lässt sich am Pachtmarkt illustrieren: Nach Berechnungen der FAL liegt der auf die Fläche umgerechnete Subventionsbetrag aus der EEG-Vergütung für Biogasanlagen bei etwa 2.000 €/ha Silomais.

Die derzeitige Ausgestaltung der nationalen Bioenergieförderung dürfte letztendlich dazu beitragen, dass die landwirtschaftliche Lebensmittelerzeugung und die nachgelagerten Wirtschaftsbereiche in andere EU-Mitgliedstaaten und vor allem in Drittländer verlagert werden. Aus agrar-, gesellschafts- oder umweltpolitischer Perspektive kann dies keine wünschenswerte Entwicklung sein.

Gibt es einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz?

Berechnungen des ISPA Vechta zeigen, dass selbst drastische Veränderungen in der Flächennutzung nur zu geringen Steigerungen des Anteils erneuerbarer Energien führen. Die Vorgabe, 25 % des Kraftstoffbedarfs und 10 % der Stromerzeugung in Deutschland mit Biokraftstoffen bzw. Biogasanlagen zu decken, würde etwa 16 Mio. ha Anbaufläche erfordern. Bei derzeit vorhandenen 12 Mio. ha Ackerfläche in Deutschland müssten also 4 Mio. ha – und soweit gewünscht Flächen für die Lebensmittelproduktion – zusätzlich kultiviert oder erschlossen werden. Es ist also zu bezweifeln, dass die derzeitigen Bioenergie- und Biokraftstoff-Konzepte allein einen nachhaltigen Beitrag zu den gegenwärtigen Klimaschutzzielen leisten können.

Überlegungen zur weiteren Entwicklung

Nach der Euphorie der ersten Jahre ist eine realistische Einschätzung und Neubewertung der derzeitigen Bioenergiepolitik überfällig, die den Konsequenzen für andere Betriebszweige und der gesamtwirtschaftlichen Nachhaltigkeit Rechnung trägt. Die aktuellen Marktentwicklungen zeigen, dass die Förderung des Bioenergiesektors mit Nachteilen und Lasten für andere Wirtschaftsbereiche erkauft wird. Aus Sicht des DVT sind daher u. a. folgende Punkte in die Diskussion einzubringen:

Zur EEG-Novelle:

- Streichung des NaWaRo-Bonus, um zwar geeignete, aber bisher nicht verwendete Substrate in der Biogas-Erzeugung wieder einsetzbar zu machen und die Konkurrenz zu Getreide und Mais zu entschärfen,
- Stärkere Begünstigung von Biokraftstoffen der 2. Generation (BtL-Kraftstoffe u.ä.)
- Anpassung und ggf. degressive Ausgestaltung der Einspeisevergütungen,

Zur Marktordnungs- und Strukturpolitik:

- Abschaffung der obligatorischen Flächenstilllegung,
- Senkung der derzeitigen Zollsätze für Biokraftstoffe aus Drittländern,
- Keine Berücksichtigung von Biogasanlagen in der Investitionsförderung, wenn nachteilige Effekte für die Wettbewerbsfähigkeit anderer landwirtschaftlicher Betriebe in der jeweiligen Region zu befürchten sind,
- Beseitigung der bestehenden Wettbewerbsverzerrungen in den Zentren tierischer Veredelungsproduktion zur Sicherung der landwirtschaftlichen Nutztierhaltung und der Arbeitsplätze sowie des Know-hows der vor- und nachgelagerten Bereiche in diesen Regionen,
- Verstärkte Forschungsförderung, um BtL-Kraftstoffe rasch anwendungsreif zu machen.

Der DVT hält die energetische Verwertung von pflanzlichen Rohstoffen, die weder für die menschliche noch für die tierische Ernährung geeignet sind, für notwendig und geboten. Unbestritten ist auch, dass der Bioenergiesektor einer Anschubförderung bedurfte. Dieses Ziel ist mehr als erreicht; zu einer mehr marktwirtschaftlichen Regelung des Gleichgewichts zwischen den Energie- und Lebensmittelmärkten gibt es jetzt keine Alternative.

Deutscher Verband Tiernahrung e. V.